

Niederschrift
über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Donnerstag, **27.06.2013**, 17:00 Uhr - 18:35 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Marcus Bielefeld , Olaf Dreßen , Jürgen Ohm , Hans-Christoph Vogelberg ,
Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Elke Leiendecker , Thomas Marquardt , Friedhelm Schade

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gerhard Joksche , Heribert Klas

von der FDP-Fraktion

Hans Varnhagen

auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.

Rüdiger Sagel (ab 17.40 Uhr - TOP 4)

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Klaus Ehling , Wolfgang Heuer , Dr. Thomas Jungkamp , Jochen Lücken ,
Michael Milde , Dr. Anna Ringbeck , Gerhard Rüller , Martin Schulze-Werner , Michael Willa-
mowski

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Jens-Ulrich Lenski , Fritz Pfau , Kurt Pölling , Werner Quante , Dr. Rita Stein-Redent

Tagesordnung

1. Eingänge und Mitteilungen

<u>V/0125/2013</u> V	2.	Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
<u>V/0365/2013</u> IV	3.	Zukünftige Ausrichtung arbeitsmarktbezogener Maßnahmen bei der Volkshochschule Münster
<u>V/0377/2013</u> III	4.	Finanzielle und personelle Bedarfe zur Fortführung des Verkehrssicherheitsprogramms 2014 - 2017
<u>V/0393/2013</u> IV	5.	Umsetzung des Konsolidierungsbeschlusses Nr. 107 "Kündigung des Vertrages zur Führung der Stadtbildstelle durch das Landesmedienzentrum des LWL"
<u>V/0388/2013</u> IV	6.	Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BUT)
<u>V/0386/2013</u> II	7.	Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 1. Projektbericht zur Umsetzung
<u>V/0436/2013</u> I	8.	Statusbericht zur Umsetzung sämtlicher politischer Anträge, insbesondere zur Organisationsentwicklung, zum E-Government und zur interkommunalen Zusammenarbeit
	9.	Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Herr Varnhagen den Antrag, die Vorlagen zu den TOP 3 und 4 heute im Ausschuss nur zu beraten, jedoch nicht darüber abzustimmen. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einvernehmlich damit einverstanden, die Vorlagen in den Hauptausschuss zu schieben.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Es lagen keine Eingänge und Mitteilungen vor.

Punkt 2 der Tagesordnung **V/0125/2013**

Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Frau Leiendecker stelle für die SPD-Fraktion einen Ratsantrag zu dieser Vorlage in Aussicht.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster wirkt im Rahmen ihrer rechtlichen Verpflichtungen, ihrer politischen Zielsetzungen und der sich aus der Haushaltslage ergebenden Möglichkeiten der Finanzierung darauf hin, dass die Ziele, Grundsätze und Maßnahmen der UN-Behindertenrechtskonvention

in allen kommunalen Handlungsfeldern berücksichtigt werden und die Stadt Münster sich zu einer inklusiven Stadt entwickelt.

2. Der Rat stimmt dem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Münster (Anlage) zu.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Aktionsplan genannten Einzelmaßnahmen, die keiner weiteren politischen Entscheidung bedürfen (Maßnahmen mit der Ziffer 1), sofort bzw. in dem im Aktionsplan benannten Jahr umzusetzen.

4. Für die im Aktionsplan genannten Maßnahmen, die einen Umsetzungsbeschluss einschließlich Finanzierung erfordern (Maßnahmen mit den Ziffern 2 und 3), wird die Verwaltung beauftragt, diesen unter Beachtung der im Aktionsplan genannten Zeiträume für die Umsetzung rechtzeitig vorzubereiten.

5. Die Verwaltung wird beauftragt,

- die Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und die jeweils zuständigen Fachausschüsse fortlaufend über die Umsetzung von Maßnahmen des Aktionsplans zu informieren,
- in der jährlichen Sitzung der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen mit den Organisationen von Menschen mit Behinderungen über den Stand der Umsetzung des Aktionsplans zu berichten und Anregungen und Ideen für die weitere Entwicklung von Münster zu einer inklusiven Stadt aufzunehmen und zu dokumentieren und
- den Fachausschüssen und dem Rat – nach Beratung in der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen – bis zur Jahresmitte 2015 einen ersten zusammenfassenden Bericht über den Stand der Umsetzung des Aktionsplans vorzulegen und darin auch weitere notwendige Maßnahmen aufzuzeigen.

6. Mit dieser Vorlage sind folgende Beschlüsse erledigt:

- Beschluss des Hauptausschusses vom 24.06.2009: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0005/2010: UN-Konvention umsetzen – Schulen, Kinder – und Jugendeinrichtungen barrierefrei gestalten (Beschlussvorlage V/0430/2009),
- Beschluss des Hauptausschusses vom 29.09.2010: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0050/2010: „Aktionsplan ‚Inklusives Gemeinwesen Stadt Münster‘“ (Beschlussvorlage V/0563/2010) und
- Beschluss des Rates vom 19.10.2011: Münster auf dem Weg zur Inklusion (Beschlussvorlage V/0525/2011).

II. Finanzielle Auswirkungen:

Unmittelbar entstehen durch diese Vorlage keine Kosten.

Maßnahmen, für die Mittel bereits in den Haushalt eingestellt sind bzw. die im Rahmen der laufenden Aufgabenwahrnehmung umgesetzt werden können (Maßnahmen mit der Ziffer 1), werden jeweils nur im Rahmen der vom Rat für den jeweiligen Zweck zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel umgesetzt.

Soweit das Aufgreifen einzelner Handlungsansätze des Aktionsplans finanzielle Ressourcen erfordert, ist über diese vor dem Hintergrund der jeweiligen Haushaltslage der Stadt Münster zu entscheiden.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0365/2013**

**Zukünftige Ausrichtung arbeitsmarktbezogener
Maßnahmen bei der Volkshochschule Münster**

Nach dem sich die Ausschussmitglieder darauf geeinigt hatten, die personalrechtlichen Aspekte der Vorlage im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zu diskutieren, erläuterte Frau Dr. Ringbeck inhaltlich die Vorlage. Herr Ehling ergänzte die Ausführungen und begründete nochmals den Vorschlag der Verwaltung, die arbeitsmarktsbezogenen Maßnahmen von der VHS auf einen freien Träger zu übertragen.

Herr Klas gab für seine Fraktion eine Stellungnahme dazu ab und begründete, warum der Bereich bei der VHS verbleiben solle. Er sehe die Notwendigkeit, den Bereich anders anzubinden, die Kosten / Finanzen seien aus seiner Sicht jedoch beherrschbar. Er verwies auf einen möglichen gemeinsamen Antrag zusammen mit anderen Fraktionen. Die Abstimmungen dazu seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Herr Klas stellte dies zur Sitzung des Hauptausschusses in Aussicht. Herr Marquardt pflichtete dem bei.

Die übrigen Fraktionen gaben ebenfalls ihre Stellungnahmen zu der Vorlage ab. Herr Dreßen erklärte für die CDU-Fraktion, dass die Vorlage schlüssig und nachvollziehbar sei und begründete, warum die CDU-Fraktion dieser Vorlage zustimmen werde.

Es ergab sich eine intensive Diskussion, in deren Verlauf weitere Aspekte beleuchtet und Meinungen dazu ausgetauscht wurden.

Herr Berding stellte die Frage an die Verwaltung, warum in der Beratungskette der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nicht beteiligt sei, obwohl finanzielle Aspekte berührt seien. Die Verwaltung sagte zu, das aufzugreifen.

Wie zu Beginn der Sitzung vereinbart, wurde die Vorlage einvernehmlich ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss geschoben.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0377/2013**

**Finanzielle und personelle Bedarfe zur Fortführung
des Verkehrssicherheitsprogramms 2014 - 2017**

Herr Milde hatte zunächst an die anwesenden Mitglieder eine erläuternde Stellungnahme des Planungsamtes verteilt. Er erklärte, dass diese zusätzliche Hinweise enthielte, wie sich die vorgeschlagenen Kürzungen in den einzelnen Positionen im Haushalt darstellten.

Er erläuterte sodann die von der Verwaltung in der Vorlage vorgeschlagenen Maßnahmen. Hierbei ging er insbesondere auf die 8,5 befristeten Positionen ein, die auf die Ämter Stadtplanung, Tiefbau- und Ordnungsamt verteilt seien. Er begründete die Notwendigkeit, die Maßnahmen zu verlängern. Da die Verwaltung gleichwohl die Ziele der Haushaltskonsolidierung verfolge, sei die 20-%ige Kürzung vorgeschlagen. Ebenso erklärte er, warum die Entscheidung bereits heute und nicht erst in den Haushaltsberatungen zum Jahresende erforderlich sei. Herr Rüller ergänzte die Ausführungen und wies auf die besondere personalrechtliche Situation der befristet Beschäftigten in diesem Projekt hin.

Herr Klas gab dazu eine Stellungnahme für seine Fraktion ab und stellte die Frage in den Raum, ob nicht die Sach- und Investitionskosten abgespalten werden können und über das Personal zunächst nur für 1 Jahr entschieden werden könne.

Herr Heuer erläuterte ausführlich die rechtlichen Aspekte der Befristungsfrage und warum eine 1-jährige Befristung problematisch sei. Die Verwaltung werde das Thema umfassend bis zur Ratssitzung aufbereiten und den Fraktionen in schriftlicher Form zur Verfügung stellen.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen begründete Herr Schulze-Werner die Notwendigkeit der zum jetzigen Zeitpunkt eingebrachten Vorlage aus ordnungs- und verkehrssicherheitsrelevanter Sicht und erklärte, dass das wichtige Thema der Verkehrssicherheit viel weniger als die jetzt vorgeschlagenen Änderungen nicht mehr verträge.

Nachdem weitere Stellungnahmen der Fraktionen abgegeben waren, in denen auch Erfolge der Verwaltung eingefordert wurden, erklärte Herr Milde, dass schlussendliche Ergebnisse zu der geänderten Priorisierung aus dem im letzten Jahr gegründeten interfraktionellen Arbeitskreis noch nicht vorlägen. Daher konnten bisher auch noch keine weiteren Maßnahmen umgesetzt werden. Er verwies auf einen Sondertermin des interfraktionellen Arbeitskreises, der für den 09.07. anberaumt sei. Hier müsse man zu Ergebnissen kommen.

Abschließend gab Herr Heuer für die Verwaltung eine Stellungnahme ab und begründete nochmals die vorgeschlagenen Kürzungen und die Notwendigkeit, über die Vorlage bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu entscheiden.

Sodann erklärte Frau Wendland, dass die Vorlage nun – wie der Ausschuss zu Beginn der Sitzung einvernehmlich beschlossen hatte – ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss geschoben werde.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0393/2013

Umsetzung des Konsolidierungsbeschlusses Nr. 107 "Kündigung des Vertrages zur Führung der Stadtbildstelle durch das Landesmedienzentrum des LWL"

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Vertrag mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe zur Führung des „Medienservice für Münster im LWL-Medienzentrum für Westfalen“ (Stadtbildstelle) fristgerecht zum 31.12.2013 gekündigt wurde und der Verleih der Medien durch das Landesmedienzentrum für diesen Bereich eingestellt wird.
2. Der Rat befürwortet, dass ab 2014 der Medienverleih und die Online-Medienbereitstellung (EDMOND NRW) in die Stadtbücherei integriert wird.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Umsetzung des Konzeptes in der Stadtbücherei eine 0,7 Stelle (voraussichtlich 0,38 EGr. 10 und 0,32 EGr. 06) erforderlich ist und diese zum Stellenplan 2014 angemeldet wurde.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sich durch die Integration des Medienverleihs in die Stadtbücherei der vorgesehene Konsolidierungsbeitrag von ca. 80.000,- € jährlich fast erreicht wird.
5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass es für einen unterbrechungsfreien Service erforderlich ist, in der Stadtbücherei bereits ab 01.09.2013 das erforderliche Personal für die Umarbeitung des Medienangebots und die Organisation der Abläufe einzusetzen.

Finanzauswirkungen:

Um entsprechend der vorgesehenen Konzeption eine Übernahme der Aufgaben durch die Stadtbücherei zu finanzieren, sind folgende Mittel erforderlich:

Aufwendungen Teilergebnisplan

	Nr.	Bezeichnung	HH-Jahr	Betrag (€)	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Zeile TEP	11	Personalaufwendungen	2014 ff	39.180,-	
Zeile TEP	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2014 ff	7.500,-	
Zwischensumme TEP	0301			46.680,-	
Aufwendungen Teilfinanzplan					
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			
Zeile TFP	09	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2014 ff	22.200,-	Finanzstelle 40090301000090
Zwischensumme TFP	0301			22.200,-	

Die erforderliche Abschreibung für die Medienbeschaffung bleibt insoweit unberücksichtigt, weil sie einerseits in etwa der bisherigen Planung entspricht und andererseits bei den Konsolidierungsbeschlüssen nicht mit berücksichtigt wurde.

Da aufgrund der Konsolidierungsbeschlüsse ein Teil der Mittel für die Fortführung vorgesehen war, ergibt sich folgende Übersicht:

Position	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017
Sachaufwand (E-Plan)	7.500,00 €	7.500,00 €	7.500,00 €	7.500,00 €
PK Bücherei (0,7 Stelle)	39.180,00 €	39.180,00 €	39.180,00 €	39.180,00 €
Aufwand (E-Plan)	46.680,00 €	46.680,00 €	46.680,00 €	46.680,00 €
vorhandene Mittel (E-Plan)	41.790,00 €	41.790,00 €	41.790,00 €	41.790,00 €
Differenz	4.890,00 €	4.890,00 €	4.890,00 €	4.890,00 €
Konsolidierungsbetrag (Beschluss)	75.870,00 €	78.990,00 €	82.210,00 €	82.210,00 €
Konsolidierungsbetrag (neu)	70.980,00 €	74.100,00 €	77.320,00 €	77.320,00 €

Für 2013 entstehen einmalige Sonderausgaben für die Vorbereitung für eine reibungslose Umstellung zum Jahresende 2013 in Höhe von ca. 15.010,- € (0,7 Stelle EG 10 für 4 Monate). Hinzu kommen begrenzte, derzeit noch nicht konkret ermittelbare zusätzliche Sachaufwendungen (Schnittstellenprogrammierung, Codierung der Medien usw.). Die Finanzierung dieser Mehrkosten kann aus laufenden Mitteln erfolgen.

Die Zuordnung der Positionen zur Produktgruppe 0301 „Leistungen für Schulen“ erfolgt aufgrund des Zusammenhanges mit dem Konsolidierungsbeschluss. Die erforderlichen Ressourcen werden perspektivisch in die Produktgruppe 0404 „Stadtbücherei“ verlagert.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0388/2013	Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BUT)
---	---

Frau Leiendecker kündigte zur Vorlage einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion an. Im Übrigen nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0386/2013	Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 1. Projektbericht zur Umsetzung
---	--

Auf Vorschlag von Frau Wendland wurden die den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung betreffenden Einzelmaßnahmen der Vorlage besprochen. Die Verwaltung berichtete dazu im

Einzelnen und beantwortete die Fragen aus dem Ausschuss. Die Frage von Herrn Joksch bezüglich der Kosten für die externe Rechtsberatung greift die Verwaltung auf und wird den Ausschuss informieren.

Herr Heuer erklärte zum Verfahren, dass künftig regelmäßig 2 x im Jahr ein entsprechender Bericht zum Stand der Umsetzung vorgelegt werde. Der nächste Bericht sei für den Herbst vorgesehen. Darüber hinaus sei geplant, einen neuen Weg bezüglich der Haushaltsaufstellung und Konsolidierung zu gehen. Sobald die Vorbereitungen hierzu abgeschlossen seien, werde die Verwaltung dies den Fraktionen vorschlagen.

Im Übrigen nahm der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0436/2013**

**Statusbericht zur Umsetzung sämtlicher politischer
Anträge, insbesondere zur Organisationsentwicklung,
zum E-Government und zur interkommunalen
Zusammenarbeit**

Frau Wendland merkte zunächst an, dass sie sich von der Vorlage etwas mehr versprochen habe. Es ginge um etliche Anträge, die bereits geraume Zeit im Raum stünden. Dass die Verwaltung dies erst jetzt und mit einer relativ kurz gehaltenen Vorlage abarbeite, sei aus ihrer Sicht unbefriedigend.

Herr Heuer entschuldigte sich für das Vorgehen der Verwaltung, insbesondere dafür, dass diese Anträge mehr als 3 Jahre nach Antragstellung erst beantwortet werden. Das werde zukünftig verbessert. Frau Wendland regte an, ggfls. öfter einen Zwischenbericht zu geben. Herr Heuer nahm die Anregung auf und erklärte, dass er – unabhängig von dieser Vorlage bzw. von der Beantwortung von Anträgen – grundsätzlich den Ausschuss zu wichtigen Themen künftig regelmäßig informieren wolle. Frau Wendland bedankte sich im Namen des Ausschusses für diesen Vorschlag.

Im Übrigen nahm der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung den Statusbericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Simone Wendland
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung